



Pet 4-19-07-10000-026439

60327 Frankfurt am Main

Grundgesetz

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 17.12.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, Artikel 3 des Grundgesetzes um einen vierten Absatz mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: „Niemand darf aufgrund der finanziellen Situation benachteiligt werden. Der Staat wirkt aktiv darauf hin, die Diskriminierung finanziell benachteiligter Menschen kategorisch auszuschließen, um die gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu ermöglichen“.

Zur Begründung der Petition wird unter der Benennung von Beispielen für die Diskriminierung armer Menschen ausgeführt, dass die bisherige Formulierung von Artikel 3 Grundgesetz (GG) die drohende Diskriminierung aufgrund von Armut nicht berücksichtige.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 128 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 9 Diskussionsbeiträge ein.



Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, eine Ergänzung des Artikel 3 GG um einen Absatz 4, wie ihn der Petent vorschlägt, ist nicht erforderlich, weil keine verfassungsrechtliche Schutzlücke für finanziell benachteiligte Personen besteht, die durch eine Ergänzung des Grundgesetzes geschlossen werden müsste. So enthält das Grundgesetz bereits einen umfassenden Abwehranspruch des Bürgers gegen den Staat vor sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlungen. Gemäß Artikel 3 Absatz 1 GG sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Dieser Gleichheitssatz gebietet, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Dabei gelten je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Anforderungen, die von einem bloßen Willkürverbot bis zu einer strengen Verhältnismäßigkeitsprüfung reichen können.

Artikel 3 Absatz 1 GG gewährt in seiner jetzigen Fassung in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip nach Artikel 20 Absatz 1 GG auch Schutz bei finanzieller Bedürftigkeit. Der einfache Gesetzgeber ist danach verpflichtet, finanziell schwache Menschen so zu unterstützen, dass jedenfalls die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sichergestellt sind. Insoweit dienen insbesondere die Sozialgesetzbücher sowie ihre besonderen Teile (§ 68 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch) dazu, dem Einzelnen eine möglichst gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewähren.

Der Petitionsausschuss macht weiter darauf aufmerksam, dass eine Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 Satz 1 GG um das Merkmal der „Armut“ oder der „finanziellen Benachteiligung“ sich nicht in die speziellen Diskriminierungsverbote einpassen würde, die in Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 GG normiert sind. Dort ist geregelt, dass niemand wegen



seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Merkmale kennzeichnen sich dadurch, dass auf ihr „Vorhandensein oder Fehlen der Einzelne keinen oder nur einen begrenzten Einfluss nehmen kann“ (vgl. BVerfGE 96, 288, 302) bzw. wegen des Schutzes bestimmter Freiheitsgrundrechte – wie beispielsweise der durch Artikel 4 GG garantierten Religions- und Weltanschauungsfreiheit oder der nach Artikel 5 GG garantierten Meinungsfreiheit – keinen Einfluss nehmen muss.

Unabhängig davon weist der Ausschuss darauf hin, dass sich der Deutsche Bundestag von der Bundesregierung regelmäßig über die Lebenslage in Deutschland in einem sog. Armuts- und Reichtumsbericht unterrichten lässt und daraus – wenn notwendig – Vorschläge für die Gesetzgebung entwickelt, die das Ziel haben, die Armut zu bekämpfen und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten kann der Petitionsausschuss ein parlamentarisches Tätigwerden im Sinne der Petition nicht in Aussicht stellen.

Daher empfiehlt der Ausschuss, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.